

Wolfsmilch

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtzehntägige Zeile, außerhalb 0,14 Zloty. Anzeigen unter Text 0,50 Zloty, von außerhalb 0,60 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 1. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsbrunn, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29), Postfachkonto B. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das deutsch-polnische Schiedsgericht in Genf Entschädigungsansprüche für das Warschauer Gaswerk — Ablehnung polnischer Vorschläge in Kowno — In Erwartung der litauischen Antwort

Siebzehn Mandate

Von Eugen Peschke

Jede Wahl ist letzten Endes nichts anderes als ein Kampf um die Macht, ein Bestreben zur Erreichung eines bestimmten Einflusses. Also ein Kampf um die Mandate mittels deren der Einfluss, die Macht ausgeübt werden kann. Wenig Mandate bedeuten wenig Einfluss, viele Mandate größeren Einfluss, alle Mandate vollkommene Macht. Jede Partei versucht nun mit allen Anstrengungen eine möglichst hohe Mandatzahl zu erreichen. Die ganze Struktur des Staates, seine politischen Einrichtungen, ich möchte sagen sein ganzes Gesicht ist davon abhängig, welche Partei in den Besitz der höchsten Mandatzahl gelangt. So ist es in allen demokratischen Staaten. Anders ist es in Staaten, die diktatorisch beherrscht werden, da Diktatur stets der Ausdruck des Willens eines Einzelnen oder einer kleinen Minderheit ist. Es mußte nun ganz naturgemäß angenommen werden, daß diejenige Klasse, die sich faktisch in der Mehrheit befindet, auch bei Wahlen die Mehrheit der Mandate erreicht, und daß jene Handvoll Leute, die unbeschränkt in der Minderheit sind, auch bei Wahlen keinen Einfluß gewinnen. Daß dem nicht so ist, sehen wir Sozialisten bei jeder Wahl. Die Arbeiter und Angestellten, die doch zweifellos eine Mehrheit der Bevölkerung darstellen, ist in den Parlamenten am wenigsten vertreten. Die besitzenden Kreise dagegen, das Großkapital, der Großgrundbesitz, alle die großen und kleinen Schlächzigen und Schlotbarone dominieren überall in den Parlamenten und beeinflussen die Politik des Staates in ihrem Interesse. Zwar gibt es europäische und außereuropäische Parlamente, in denen die Arbeiterkraft maßgebend den Einfluß hat, doch sind diese an den Fingern abzuzählen. Und doch kann nicht behauptet werden, daß irgend ein Staat, der von der Arbeiterkraft bzw. von Sozialisten verwaltet wird, wie z. B. Wien über eine schlechte Verwaltung zu klagen hätte. Die Interessen aller kleinen Leute sind dort am besten aufgehoben. Die Besitzenden können sich auch nicht beklagen, daß es ihnen schlecht geht, obwohl sie natürlich in steuerlicher Hinsicht, nicht mit Glacehandschuhen angefaßt werden.

Mandatsbesitz muß und kann also der Ausdruck des Machtbesitzes sein. Naturgemäß müßte, wie bereits oben gesagt, die Mandatsstärke in den Parlamenten sich nach der Klasseneinstellung der Wähler richten. Sehen wir uns nun die Struktur unseres Landes an. Abgesehen von dem Gesamtbereich der Republik, die zweifellos eine ungeheure Mehrheit von arbeitender Bevölkerung hat, die nicht genügend ihren Ausdruck in Mandatsziffern im verflochtenen Warschauer Sejm gefunden hat, so sehen wir aber, daß das Verhältnis des Mandatsbesitzes innerhalb der einzelnen Parteien für die Arbeiterparteien ein noch weit ungünstigeres war. Es kann doch von dem allgemein stark industrialisierten Oberschlesien und auch dem Bistritz der Textilarbeiter ganz dreist behauptet werden, daß es 70 Prozent Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung umfaßt, wozu noch die kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute treten, von denen man doch beim besten Willen nicht behaupten kann, daß sie sich zu den Kapitalisten rechnen können; dann die vielen nicht glänzend bezahlten Staats- und Kommunalbeamten. Und endlich die aufstrebende Intelligenz, die doch sicherlich ein besseres Einkommen hätte, wenn eine sozial gut gestellte Arbeiter- und Angestelltenklasse da wäre. Alles Angehörige einer Gesellschaftsschicht, deren Interessen von den bürgerlichen Parteien garnicht oder nur ungenügend vertreten wurde.

Wie haben diese Schichten im Jahre 1922 gewählt? Wem haben sie ihre Interessenvertretung übergeben? Von siebzehn Mandaten, die zu vergeben waren, haben sie fünfzehn den bürgerlichen Parteien gegeben und nur zwei Mandate ihren eigentlichen Interessenerrettern, der Sozialdemokratie. Ist es nicht ein frivoles Spiel, daß die Wähler mit ihrer Gunst gespielt haben. Von den siebzehn Mandaten hätten mindestens bei vorsichtiger Rechnung zehn der Sozialdemokratie zufallen müssen. Ist sich gerade die Arbeiterklasse nicht selbst schuld daran, daß sie in den letzten fünf Jahren keinen Schritt vorwärts gekommen ist, da sie so leichtgläubig mit ihrer Interessenvertretung umgegangen ist. Es nützt nichts, die Häufte in den Hofentätschen zu ballen, wenn es nicht so geht, wie es gehen müßte. Da hilft kein Mundspicken, da muß gepiffen werden. Immer läuft die Arbeiterklasse, die es so leicht

Freitag ist hier der deutsch-polnische gemischte Schiedsgerichtshof zusammengetreten, der gewöhnlich in Paris tagt. Dieser Schiedsgerichtshof gehört zu der Kategorie der in sämtlichen Friedensverträgen vorgesehenen gemischten Schiedsgerichtshöfe. Zur Verhandlung gelangt diesmal eine Forderung der Dessauer Gas-Mittengesellschaft wegen der Entzignung ihrer Warschauer Gaswerke durch die polnische Regierung. Den Vorsitz führt der vom Völkerbundsrat ernannte Genfer Rechtsanwalt Lachenall. Deutscher Staatsvertreter ist Geheimrat Lehner, deutscher Richter Professor Bruhns. Die Dessauer Gesellschaft ist durch den Professor des internationalen Rechts an der Berliner Universität, Kaufmann, vertreten. Wie verläuft, betragen die Forderungen der Dessauer Gas-M.G. gegen die polnische Regierung 50 Millionen Goldmark.

Scharfe Abgabe der litauischen Opposition

Kowno. Das volkssozialistische Blatt „Lietuvos Zinios“ beschäftigt sich mit dem kürzlich stattgefundenen Interview Wolde-maras mit dem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur. Besonders ungehalten ist das Blatt über die Frage des

polnischen Journalisten, ob Litauen die frühere polnisch-litauische Union nicht wieder aufleben lassen wolle. Die Warschauer Imperialisten glauben, so schreibt das Blatt, daß das litauische Volk jene Skandale, in die es durch die Union geraten ist, als Glück ansieht. Die Erwähnung der ehemaligen Beziehungen zu einer Zeit, wo die polnischen Imperialisten die geraubte litauische Hauptstadt festhielten, ist mehr als Hohn. Ein wirklicher Diplomat würde sich solche Anspielungen vor den nahenden Unterhandlungen nicht erlauben, denn sie würden ihm nur eine Niederlage bringen.

Kowno. Der Sonderburiere der polnischen Regierung, Graf Adam Tarnowski, hat dem Ministerpräsidenten Wolde-maras die bereits angekündigte Note der polnischen Regierung überreicht.

Kein Arbeitsprogramm der polnisch-litauischen Konferenz

Kowno. Wie die Telegraphen-Union zu der polnischen Note an die litauische Regierung erfährt, enthält der polnische Vorschlag kein bestimmtes Arbeitsprogramm. Das Arbeitsprogramm soll erst bei der Eröffnung der Konferenz selbst aufgestellt werden. Als Ort der Unterhandlungen wird Riga vorgeschlagen.

Warschau. Auf die Kowno überreichte polnische Note an die litauische Regierung wird Sonntag noch in Warschau eine Antwort erwartet.

Kabinettsbildung in Lettland

Riga. Nach mühsamen Verhandlungen hat Ministerpräsident Juraschewski ein Kabinetts gebildet, das sich wie folgt zusammensetzt: Außenminister Ballod (dem demokratischen Zentrum nahestehend, bisheriger Gesandter in Kowno), Innenminister Lamin (Bauernbund), Justizminister Magnus (Deutsches), Bildungsminister Professor Tentei (Bergpartei), Finanzminister Kaminski (Parteilos), Kriegsminister General Francis (Demokrat), Verkehrsminister Solin (Demokrat), Wohlfahrtsminister Rubul (Lettgallischer Landwirte). Zum Gehilfen des Landwirtschaftsministers wurde Gulbis vom Bauernbund ernannt; Leiter der Staatskontrolle ist Schpolsjanski (Russe). Die Frage des Stimmverhältnisses im Parlament ist noch ungeklärt, da mit den jüdischen und russischen Abgeordneten noch keine volle Einigung erzielt werden konnte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Außenminister Ballod später durch den jetzigen Gesandten in Rom, Albad, ersetzt wird.

Politischer Mord in Stolpe

Belgrad. Freitag mittag wurde in Stolpe auf offener Straße ein Mordanschlag auf den Rechtskonsulenten Wilimja Prelie verübt. Als Prelie sich in seine Wohnung begeben wollte, feuerte die 25 Jahre alte Mazedonierin Mara Buljewa mehrere Revolvergeschosse auf ihn ab. Prelie wurde schwer verletzt. Die Mordtäterin konnte in dem Augenblick festgenommen werden, als sie Selbstmord verüben wollte. Sie hielt sich bis vor kurzem in Bulgarien auf und war mit einem Gewerbetreibenden verheiratet. Prelie hatte vor kurzem eine revolutionäre Organisation aufgebaut und auch die Untersuchung gegen die im Zusammenhang damit verhafteten Mazedonier geführt.

Den letzten Tag

liegen die Wählerlisten zum Sejm und Senat aus.

Sichere Dir das Wahlrecht durch Einsichtnahme, ob die Angaben richtig sind.

Der 16. Januar ist der letzte Einspruchstermin. Belehre Deine Arbeitskollegen, Freunde und Verwandten von der Wichtigkeit der Kontrolle der Wählerlisten!

Einsichtnahme = Wahlpflicht!

hätte, ihr Schicksal zum Besten zu wenden, jedem ersten, besten Charlatan, jedem sonst woher hergelaufenen Volksbegleiter leichtgläubig nach, anstatt sich in die Reihe der ausgeklärten Massen einzureihen und gemeinsam für eine Verbesserung der mitleidigen Verhältnisse zu kämpfen. Der Stimmzettel hat eine ungeheure Kraft, eine sieghafte Wirkung, wenn er richtig angewendet wird. Die Arbeiter und Angestellten, welche die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, haben es in ihrer eigenen Hand, das Steuer herumzuwerfen und einen neuen, eigenen Kurs einzuschlagen. Es könnte alles anders werden, wenn der Hand- und Kopfarbeiter nur wollte. Mit dem Stimmzettel in der Hand kann schon die große Schlacht für die Befreiung der arbeitenden Massen geschlagen und gewonnen werden. Es ist doch ein so leichter, ein so müheloser Kampf der da gestritten wird um das endliche Ziel.

Gewiß hängt es nicht nur von dem Arbeitenden selbst ab, auch die Frauen, die so sehr den klerikalen Einflüssen unterliegen, müssen für unsere Idee gewonnen werden. Auch ihnen muß klar gemacht werden, daß ihre Interessen nur auf Seiten der Sozialdemokratie liegen.

War es nicht die Sozialdemokratie gerade, die seit Jahrzehnten für die Gleichberechtigung der Frauen, für das Frauenwahlrecht eingetreten ist? Fürwahr ein schlechter Dank, den sie jetzt der Sozialdemokratie abstattet, wenn sie ihre Stimmen den bürgerlichen Feinden des Frauenwahlrechts geben. Fürwahr ein schlechter Dienst auch, den sie an sich selbst verrichten! Auch die Jugend, die heute noch das Wahlrecht hat und das man ihm von bürgerlicher Seite so gern stehlen möchte, hätte alle Ursache den Verteidigern ihres Bürgerrechtes durch Abgabe ihrer Stimme zu danken.

Siebzehn Mandate sind zu vergeben. Die weitgrößte Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiter- und Angestelltenklasse muß die weitgrößte Mehrheit dieser Mandate der Sozialdemokratie geben, jener Partei, die alle ihre Kräfte einsetzt, um eine Verbesserung dieser Welt herbeizuführen. Keine einzige Stimme unserer Klassengegner. Alle Stimmen und die Mehrheit der siebzehn Mandate in unserer Wojewodschaft gehören der Vereinigten deutschen und polnischen Arbeiter- und Angestelltenklasse.

Genosse Niedzialkowski über den Zusammenschluß

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Th. 2. Warschau, 12. Januar.

Spricht man in Warschau mit Politikern nicht nur der Linken, sondern auch reaktionärer und polnisch-nationalistischer Einstellung über das Wahlbündnis der deutschen und polnischen Sozialisten, so findet man überall das größte Interesse für die praktische Erprobung dieses Bündnisses, dessen Bedeutung weit über die Wahlzeit und auch über Polen selbst weit hinausgeht. Wir wandten uns daher an den Genossen Niedzialkowski, der das gemeinsame Vorgehen der proletarischen Parteien im Zentralorgan der Polnischen Sozialistischen Partei, dem „Warschauer Robotnik“ begründet und den polnischen Genossen erklärt hat, mit der Bitte, uns einige Betrachtungen über dieses für das künftige Zusammenwirken, der bei den sozialistischen Parteien, denen sich auf parlamentarischem Gebiet, wie zu hoffen ist, auch die übrigen sozialistischen Parteien anschließen werden, ebenso wie für die Lösung der Minderheitenfrage grundlegendes Ereignis zu Verfügung zu stellen. Genosse Niedzialkowski äußerte sich folgendermaßen:

„Das Zustandekommen des Wahlbündnisses zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei und der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens betrachte ich als eine politische Tatsache allerersten Ranges. Das Minderheitenproblem spielt im innerpolitischen Leben des polnischen Staates eine gewaltige Rolle. Die Lösung dieses Problems auf dem Wege der „Gnade“ seitens irgendeiner Regierung herbeizuführen ist ebenso unmöglich, wie durch einen bedingungslosen Kampf der betreffenden Minderheitengruppe. Der einzige mögliche Weg besteht darin, daß die nationalen Mehrheiten als auch die Minderheiten an der Lösung zusammenarbeiten. Sonst wird das gesamte politische Leben im Zeichen des Nationalitätenkampfes stehen, und nicht nur das reale Kräfteverhältnis verdunkeln, sondern auch die normale Entwicklung der sozialen Kämpfe verhindern. Nach der Lage der Dinge handelt es sich bei der Zusammenarbeit, von der hier die Rede ist, vor allem um eine solche der sozialistischen Parteien, und eben das Wahlbündnis der P. P. S. und der D. S. A. P. hat in dieser Beziehung das erste Eis gebrochen. Der Kampf um die Rechte für die deutsche Minderheit in Polen beginnt von jetzt ab gemeinsamer Kampf des polnischen und deutschen Sozialismus zu sein, der untrennbar mit der Gesamtheit des Kampfes um die Demokratie und die Befreiung der Arbeiterklasse verbunden ist. Gleichzeitig erreichen wir damit ein zweites und bei weitem wichtigeres Ziel: die Annäherung innerhalb der Arbeiterbewegung als einer Klassenbewegung. Der tägliche Kampf des Proletariats um die Lebenshaltung, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse wird gestärkt, sie erhält eine neue Schlagkraft und neue Energie.“

So weit äußerte sich Genosse Niedzialkowski über die Bedeutung des Wahlbündnisses vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen. Wir lenkten darauf das Gespräch auf die spezielle Frage der deutschen Minderheit, zu der Niedzialkowski wie folgt Stellung nahm:

„Bei dem Problem der deutschen Minderheit in Polen möchte ich auf folgende beiden Seiten dieser Frage aufmerksam machen:

1. Die Bewirkung der Verfassungsvorschriften, die der deutschen Minderheit genau festgelegte Rechte garantieren sowie
2. Die Organisation des inneren Lebens der deutschen Minderheit als solcher im Rahmen des polnischen Staates.

Der erste Punkt umfaßt die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung, Freiheit, Entwicklung der Sprache und des Schulwesens, der nationalen Kultur usw.

Der zweite Punkt betrifft dasjenige, was mit national-kultureller Autonomie bezeichnet wird. Dieser zweite Punkt erfordert selbstverständlich eine präzise und genaue Formulierung und Bearbeitung. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Bearbeitung gemeinsam mit den deutschen Genossen vorzunehmen, um dieses Lösungswort mit einem genauen, durchdachten und praktisch ausführbarem Inhalt auszufüllen. In jedem Fall bin ich sicher, daß unserm gemeinsamen Kampf und unserer gemeinsamen Arbeit ein günstiges Resultat beschieden sein wird.“

Kelloggs Abfage an Briand

Paris. Das französische Auswärtige Amt hat heute die Antwort Kelloggs auf die letzte Note Briands veröffentlicht.

Die Note umfaßt drei Schreibmaschinenseiten und ist in sehr entgegenkommendem Tone gehalten. Einleitend unterstreicht sie die Übereinstimmung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt, den Vertrag allen Großmächten zur Unterzeichnung zugänglich zu machen; denn es unterliege keinem Zweifel, daß ein derartig umfassender Vertrag viel wirksamer sein werde, als ein einfaches Abkommen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten. Dennoch blieben zwei Unterschiede in der Auffassung bestehen, die noch der Klärung bedürfen. Frankreich habe zuerst den Standpunkt vertreten, daß der Vertrag zunächst von den Vereinigten Staaten und von Frankreich unterzeichnet werden müsse und erst dann den anderen Großmächten unterbreitet werden solle. Den Vereinigten Staaten schiene dieser Weg geeignet, da ein Vertrag, den für Frankreich und die Vereinigten Staaten annehmbar sei, dies nicht notwendigerweise für die anderen Großmächte zu sein brauche. Kellogg schlägt daher nochmals ein Präliminarverständnis an, unter dem Großmächten vor, die die Unterlagen für den „vielseitigen Vertrag“ liefern soll. Als Basis für die Präliminarverhandlungen könne der Vorschlag Briands vom Juni 1927 dienen. — Daneben gebe es einen Unterschied in der Auffassung über die Art der Kräfte, auf die sich das Verbot beziehen solle. Der erste französische Vorschlag habe eine Beschränkung auf Angriffskriege nicht vorgesehen. Erst in der Antwort Briands vom 5. Januar sei diese einschränkende Bestimmung erwähnt worden. Kellogg bemerkt dann weiter, daß ihm die Gründe unbekannt seien, die die französische Regierung zu einer Änderung ihrer eigenen Vorschläge veranlaßt haben. Er hoffe aber, daß diese Gründe nicht von entscheidender Bedeutung seien und daß alle Arten von Kriegen ohne Vorbehalt, Gegenstand der Vereinbarungen sein würden, über die man gemeinsam mit den anderen Großmächten beschließen müsse. Falls die französische Regierung der gleichen Ansicht sei, so regte die Regierung der Vereinigten Staaten an, an die Regierungen von Deutschland, England, Italien und Japan eine gemeinsame Mitteilung zu richten, unter Beifügung des Briand'schen Vorschlages und des zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung stattgefundenen Briefwechsels. Selbstverständlich dürften die Vorverhandlungen in keiner Weise diejenigen Großmächte binden, die an ihnen teilnehmen.

Die Pariser Reparationsaffäre

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat die enge Fühlungnahme zwischen den deutschen und französischen Behörden in der Angelegenheit der Unregelmäßigkeiten bei den Reparationslieferungen nun dazu geführt, daß die eingehende Sichtung des bei dem Pariser Untersuchungsgericht vorliegenden Materials beschleunigt durchgeführt werden kann. Wenn auch über die Bedeutung des umfangreichen Materials noch nicht abschließend geurteilt werden kann, so wird doch damit gerechnet werden müssen, daß eine Anzahl Einzelverfahren zwecks beschleunigter Erledigung der ganzen Angelegenheit anhängig gemacht werden. Die beiden Firmen, um die es sich in der Hauptsache auf deutscher Seite handelt, sind die Para-Import- und Exportgesellschaft m. b. H., Berlin, bei der als verantwortlicher Direktor Goldschmidt genannt wird und die Minerva-Gesellschaft m. b. H., Düsseldorf, die ihrerseits eine Tochtergesellschaft des Rheinlandkonzerns ist. Als verantwortlich wird bei der Düsseldorfer Gesellschaft Kommerzienrat Falk genannt. Sein Schwiegervater, Georg Noblo, ist Vertreter der Minervagesellschaft in Paris.

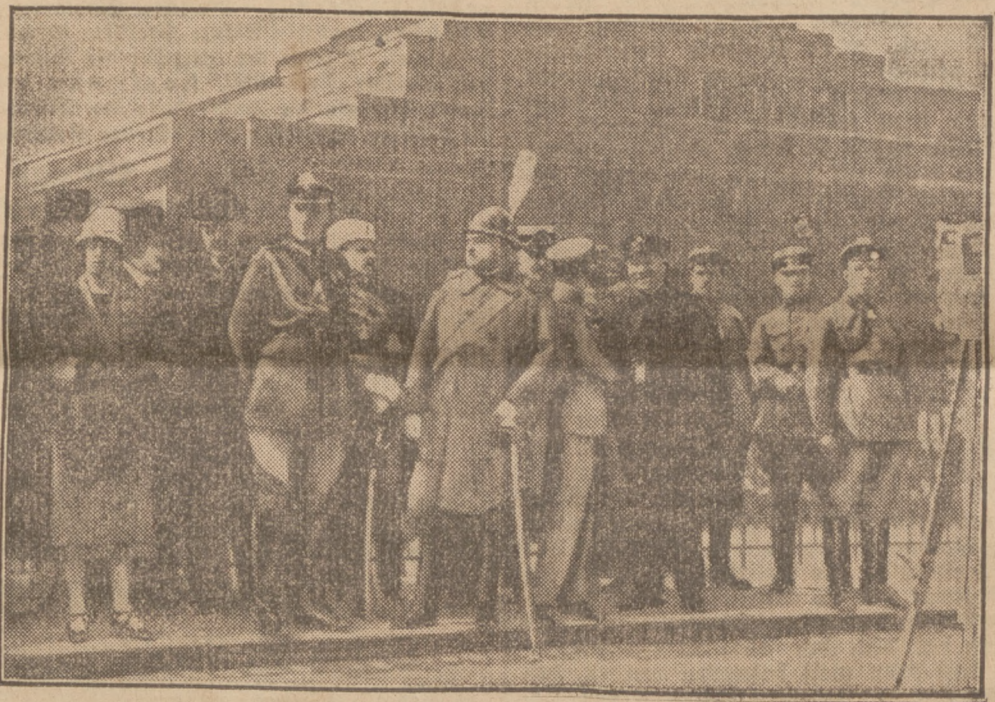
Der Kampf gegen die Opposition in Sowjetrußland

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Leningrader Kontrollkommission mitgeteilt, daß in der Zeit vom 16. Dezember 1927 bis zum 10. Januar 1928 insgesamt 411 Oppositionsmitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden sind. In Chabarowsk, Tomsk und Omsk sind bedeutende Führer ihrer Posten enthoben worden, darunter auch Beauftragte Trozkis, die seine Idee in die Bevölkerung tragen sollten.

Am 22. Januar fährt sich zum vierten Mal der Tag, an dem Lenin starb.

Dr. Wirth als Gast Briands

Paris. Außenminister Briand gab gestern aus Anlaß der Anwesenheit des Reichstanzlers a. D. Dr. Wirth ein Essen, an dem u. a. auch der deutsche Botschafter, Herr von Soest, Justizminister Barthou, Roucheur, Paul Boncour und Lucien Hubert teilnahmen.



Europas „Auge“ in Moskau

Ausländische Militärattachés und Diplomaten vor dem Kreml während einer Parade der Roten Armee.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhagen.

15)

Nachdem er alles damit verloren hatte, ging er des Nachts ans Meer, in der Absicht, ein Ende zu machen. Ein Engländer folgte ihm und rettete ihn vom Selbstmord: mit ein paar hundert Franken. Zum Dank schenkte er seinem Retter das System. Der gewann in drei Tagen eine Viertelmillion damit. Der Chinese dort drüben, der kleine, zarte, ist ein General der Südmaree; er soll von den Engländern Geld genommen haben; Tchangtschin hat auf seinen Kopf einen Preis von Hunderttausend Taels gesetzt.“

Die Gräfin faßte nach der Sekstische; der Kellner kam ihr zuvor und füllte die Gläser.

Sie stieß lächelnd mit ihm an. „Auf daß Sie in Paris das Glück finden mögen!“

Er trank; und wieder um ein Stückchen mutiger geworden, wagte er einen neuen Ausfall. „Sie müssen mir helfen, sie zu finden, Gräfin Bunin!“

„Was wollen Sie von Helene Wassiliew?“ fragte sie leise und achtlos. Und während sie plötzlich ernst wurde, setzte sie hinzu: „Sie haben ein Verbrechen vor.“

Er sah vor sich nieder, betroffen, verwirrt, fernem dem Ziele denn je. Während er auf den Damast des Tischs starre, fühlte er, wie sie ihn beobachtete. „Ja“, sagte er plötzlich, fast gegen seinen eigenen Willen. „Ja.“

Er hob den Blick; die Gräfin sah ihm unverwandt in die Augen; mit einer fast mütterlichen Bewegung legte sie ihre Hand auf die seine. „Selham“, sagte sie, mit einer Stimme, die völlig verändert war, „für euch jungen Leute gibt es nur Jubel oder Verzweiflung — Liebe oder Haß — Leben oder Tod. Ihr könnt keine Nuancen, ihr seid Dilettanten des Lebens. Ja, rechte Dilettanten seid ihr mit eurem Entweder — Oder, Schwarz oder Weiß. So sehr lieben Sie sie, daß Sie sie töten wollen? Wie herrlich muß es sein, so geliebt zu werden! Nichts Seligeres gibt es, als an der Liebe zu sterben. Aber Sie, mein Freund: Sie werden bei diesem Handel von neuem der Betrogene sein. Bedenken Sie, was das heißt: einen Mord auf sich geladen haben — und auf der Flucht sein vor den Folgen. Ewig auf der Flucht; jeder Blick ist eine Drohung, jedes Wort eine ver-

steckte Anspielung, jede neue Bekanntschaft eine neue Gefahr. Ich kannte einen Offizier, der in einer Bar in St. Petersburg den Primas niedergeschossen hatte, aus Eifersucht; er floh durch ganz Europa, immer mit wenigen Stunden Vorsprung vor dem Telegraphen und dem Telephon. Als man ihm endlich in Bern erwischte, war er wahnsinnig geworden.“

Ein Wortwechsel entstand im Saal; unverständliche Sprachen schwirrten durcheinander; die Musik brach ab, man einigte sich, schrie wieder durcheinander. Ein paar junge Damen kehrten an den Tisch zurück. Ove brachte nicht die Norwegertracht auf, mit ihnen zu plaudern; er erhob sich.

Während er die Treppe hinunterging, blickten alle in stummer Aufmerksamkeit hinter ihm drein. Die Gräfin, sich hastig umwendend, fragte laut:

„Wo ist Bob Bantam? Hat jemand von euch Bob Bantam gesehen? Geh ans Telephon, ma cherie: rufe ihn an, er soll sofort kommen. Er wird zwar nicht zu Hause sein, dieser ewige Bummler — geh, Angele, nimm mein Auto — es steht in der dritten Garage — hier ist die Marke: fahre zum Pere Franquille — halt — vielleicht ist er bei Doucet — sonst soll Camille dich sofort weitersuchen zum Chien qui fume; dort findest du ihn ganz bestimmt. Er soll sofort kommen, hörst du: Bob Bantam soll sofort herkommen!“

Nach den wirren Träumen einer heißen Sommernacht hatte Ove sich müde und zerschlagen erhoben. Das kleine Hotel, fünf Stock hoch, hatte steile teppichbelagte Treppen. Die Sessel waren mit buntem Krotone überzogen; mit buntem Krotone waren die Fußböden ausgelegt. Das war staubig, aber stimmungsvoll.

Im Parterre, in der Miniaturhalle, mit bunten galanten Stühlen an den Wänden, stand die Bekkerin, Madame Clementine. Sie war klein und die lächelste ständig; alles was sie umgab, und alles, was sie auf dem Körper trug, war ironisch ein bißchen zu knapp. Ihr Lächeln wurde noch herzlicher, als sie des blonden Nordländers ansichtig wurde; sie wußte die Qualität ihrer Gäste mit einem Blick zu klassifizieren — und Ove Jens Boye war ohne weiteres in die erste Klasse eingereiht worden. Ob der Herr gut geschlafen habe? Wie ihm Paris gefalle? Und falls ihm irgend etwas fehle, möge er ungeniert klingeln; Tag und Nacht stehe dieses Haus mit allem, was es beherberge, zu seinen Diensten. Dabei Madame es nicht unterließ, ihre Figur entsprechend zu straffen, daß der Crepe mrocain aus der Belle Jardinere bedrohlich knisterte.

Er trat hinaus auf die Rue Solferino. Dort drüben glitzerte die Seine, flinke Dampfer kreuzten vorüber; über die Solferino-Brücke zog ein Detachement Soldaten. Der Morgen stand wie eine kristallene Glocke über der Stadt; von unendlicher Durchsichtigkeit, erfüllt von friedlichem und zuversichtlichem Glanz. Die Menschen, die an ihm vorüberzogen, lächelten; die Frauen lächelten, das Lachen der Kinder klang herüber von den Spielplätzen.

Selbstsam: mit jedem Schritt fühlte er sich fremder in dieser Stadt. Fremder — überflüssiger — unruhiger. Alles hatte seinen Platz, die Beziehungen der Menschen waren festgelegt, nach bestimmten Gesetzen entstanden und geregelt; er aber war außerhalb jeder Gemeinschaft. Die Menschen um ihn herum gingen ihn nichts an. Ja, er mußte fürchten, ihre Bekanntschaft zu machen, denn jede neue Beziehung — wie hatte die Gräfin Bunin gesagt — bedeutete neue Gefahr.

Der Duft dieser Stadt, weich, fremdartig, schien ihm wie der heiße Atem eines lauernden Tieres. Wie seltsam die Geräusche von der Stadt herüberbrandeten, sich brachen an den Luftwirbeln, die aus den Wässern stiegen — in einem feinen, klingenden, geheimnisvollen Echo. Das war der Sommer mit seiner hellen Ruhe. In Nordland standen nun wohl irgendwo die Schatten hinter den Dingen wie eine Mahnung an den nahen Herbst; hier aber tropfte der Sonnenschein von allen Blumen, von allen Wänden — hier war nichts von Melancholie, keine Reflexionen standen hinter dem heiteren Heute.

Aber um so drückender empfand er den Kontrast zwischen dieser unbestimmten Sorglosigkeit und seinem eigenen Geschick. Es war nur eine Frage der Zeit, nur kurzer Zeit; dann würde man die Hand auf ihn legen — und alles war aus. Was dazwischen lag, war nichts als das Zappeln einer Maus im Sprungbereich der Rafe.

Dort war der Quai d'Oran — hier, zur Rechten, Hof die Rue de Lille. Hier waren die Gesandtschaften. Die Konsulate. Die Konsulate... Nun, da alles sich härtete, da der Kaufschlüssel war — nun mußte er den Dingen ins Gesicht sehen. Es war Wahnsinn gewesen, seine Karriere, sein Glück, seine Freiheit einer Abenteuerin zu opfern. Aber es war Zeit, ihr nachzugehen, um sich an ihre zu rächen. Er mußte das Faß auf seiner Tat ziehen, das sah er ein. Als ein ehrlicher Mann mußte er sich zu seinen Handlungen bekennen.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Eine Stimme aus der Arbeiterschaft

Aus Bismarckhütter organisierten Arbeiterkreisen schreibt man uns zu der Arbeitszeitfrage Nachstehendes. Erklären wir uns mit dem Inhalt zwar nicht ganz einverstanden, so hat jedoch der Artikelschreiber in manchem nicht ganz unrecht. Die Redaktion.

Also wiederum ein Artikel zur Arbeitszeitfrage! — Vielleicht sollen sich die Gemüter der oberschlesischen Arbeiter damit beruhigen? Statt 8 Stunden gab es Verordnungen, statt Aktion — Kommissionen, und endlich will die tüchtige Arbeitsgemeinschaft die Bezahlung der 9. und 10. Stunde herausfinden. Welche Verhöhnung der Arbeiterklasse und des Klassenkämpfers in besonderen. Die Unternehmer weichen nicht zurück und die Gewerkschaften sorgen dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht zu schwer erschüttert wird, und um eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Verbesserung der Löhne muß vorständig gearbeitet werden! Der denkende Arbeiter, der nicht nur im Dienste seiner Ausbeuter front und hungert, sondern sich auch überlegt, woher sein Geld kommt — muß sich sagen: Es gibt kein allgemeines Interesse, es gibt nur das Interesse des Kapitals und aller derer, die mit ihm schwarzen auf der einen Seite und das Interesse jener zahllosen Massen, die nur Hunger haben und ihre Hände, mit denen sie arbeiten, auf der anderen Seite. Und auch der Staat, der ja scheinbar über beiden Klassen thronet, er ist nur ein Werkzeug der bestehenden Klassen. In diesen Tagen werden mit der unerbittlichen Logik der Gehehnisse dem Proletariat die Augen geöffnet. Die Unternehmer haben uns deutlich gezeigt, daß sie begriffen haben, was unsere Geschäftsführer leugnen, daß es im realen Leben der Gesellschaft nur den brutalen und offenen Kampf von Klasse gegen Klasse geben kann. Nur treue Arbeiter wollen wir haben, die dankbar im Herzen und in der Tat dafür sind, daß wir ihnen Brot bieten. Dagegen aber soll niemand wagen, sich gegen ein wohlwollendes Regiment zu erheben — und eher ist alles in die Luft zu sprengen, alles zu opfern, als Arbeiterbegehre nachzugeben. Eher sind sie gewillt Hunderttausende ohne jede Rücksicht auf die Strafe zu sehen, denn die Achtstundenschicht oder eine Lohnerhöhung ist für sie nicht tragbar. Klar und deutlich steht die Linie der Kapitalisten — warum nicht die unsrige?

Aus der Sozialkommission des Schlesiens Sejm

Am Freitag, den 13. Januar, fand eine Sitzung der Sozialkommission des Schlesiens Sejm mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände statt. Zur Betrachtung stand das Gesetz über die Arbeitsinspektion, welches auch auf das Gebiet des oberschlesischen Teils der Wojewodschaft ausgedehnt werden soll. Ein Vertreter des Warschauer Arbeitsministeriums referierte über dieses Gesetz und erklärte, daß die bisherigen Vorschriften bestehender Gesetze und Verordnung nicht berührt werden. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände, vornehmlich der Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Schwerindustrie erklärten dieses Gesetz für überflüssig, da die in Oberschlesien bereits bestehenden Aufsichtsbehörden vollständig genügen. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen präzisieren seinen Standpunkt dahingehend, daß unter Berücksichtigung verschiedener Bedingungen nichts gegen die Ausdehnung des Arbeitsinspektionsgesetzes auf Oberschlesien einzuwenden sei. Es müßten vor allen Dingen, die Bestimmungen bezüglich der Befugnisse der Betriebsräte, der Schlichtungsausschüsse, sowie des Demobilisierungskommissars unberührt bleiben. Vor allen Dingen müßte die in Aussicht stehende Ausführungsverordnung des Arbeitsministers klar und eindeutig die Befugnisse der Arbeitsinspektoren festlegen. Ähnliches erklärte der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung. Der Demobilisierungskommissar Gallot gab einige Aufklärungen über verschiedene Bestimmungen des Gesetzes, hauptsächlich bezüglich der Funktionen der Arbeitsinspektoren in Fragen der Arbeitszeitfragen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Hauptsache für die Entwicklung der Industrie wäre ein gesunder Organismus der Arbeiter und Angestellten. Er versicherte, daß die Beziehung mit Arbeitsinspektoren so erfolgen soll, daß eine schnelle erledigung der jeweils vorliegenden Streitfragen gewährleistet wird. Der Vertreter des Arbeitsministers Herr Janowski, fügt noch hinzu, welche Bestimmungen in der demnächst herauskommenden Ausführungsverordnung für Oberschlesien eine besondere Rolle spielen werden.

Schutz dem Kopparbeiter

In Polen einen Posten als Büroangestellter zu bekommen ist eine Kunst. Auf ein Inserat einer Firma laufen ganze Berge von Offerten ein. Kein Wunder also, daß die Arbeitgeber die Situation ausnützen und ihren Büroangestellten Gehälter zahlen, die für den Lebensunterhalt unter keinen Umständen ausreichen. Alle Angestellten werden reduziert, nicht etwa wegen Arbeitsmangel, aber deshalb, damit an ihre Stelle billige Kräfte angawiert werden können. Die Ausnützung der Kopparbeiter ist direkt unverkämmt.

Die Lage der hiesigen Kopparbeiter wird noch durch den Zustrom aus Galizien vergrößert. Jeder galizische Beamte schleppt alle seine Verwandten und Bekannten nach Oberschlesien, die infolge von Verbindungen in den verschiedenen Staatsämtern Unterhalt finden, während die einheimischen Kopparbeiter vergebens nach Arbeit herumfragen. In ganz Galizien ist nicht einmal ein Fünftel soviel Kopparbeiter ohne Arbeit, wie in der Stadt Kattowitz und dennoch kommen fortwährend neue Kräfte nach Schlesien. Es verdient noch hervorgehoben zu werden daß ganze galizische Familien in den schlesischen Staatsämtern untergebracht werden. Neben dem Mann arbeitet die Frau und die Kinder. Selbst alte Frauen erhalten immer noch einen Posten in den Staatsämtern. Unter solchen Umständen können unsere schlesischen Kopparbeiter einen Posten suchen bis sie schwarz werden. Gegen diesen galizischen Zustrom anzukämpfen, ist sehr schwer, weil alle Staatsämter von diesen Elementen beherrscht werden.

Dieses gewaltige Angebot von Arbeitskräften hat nicht nur zur Folge, daß wahre Hungerlöhne gezahlt werden, aber man läßt die Kopparbeiter nicht selten 10 bis 14 Stunden arbeiten. Nach einer ministeriellen Verordnung sollen die Arbeitsinspek-

Die Schmalzgeschichte des polnischen Invalidenverbandes

In der schlesischen Wojewodschaft besteht ein Verband der Kriegsinvaliden, der unter der Leitung des Vorstandes bestehend aus dem Vorsitzenden Karłowski und dem Schriftführer Pałuch steht. Diese beiden Herrn haben den Verband der Kriegsinvaliden in die Arme der Sanacja Moralna geworfen, indem sie den Verband in die nationale christliche Wahlgemeinschaft (Sanacjawahiblock) hineinführten. Damit begnügt sich jedoch der Invalidenverband nicht, sondern treibt auch auf Kosten der schlesischen Arbeiter Handelsgeschäfte. Herr Pałuch gehörte in der N. P. R. zu den tüchtigsten Geschäftsleuten. Er leitete die verschiedenen Spollas und den Genossenschaftsverband bis er Pleite machte. Da der gute Jud das Handeln nicht sein lassen kann, so zieht auch den Herrn Pałuch wieder und wieder das Geschäft an. Als noch im vorigen Jahre bei uns die Schmalzkrise groß war, da wandte sich der Vorstand des Kriegsinvalidenverbandes an die Handelskammer in Kattowitz und verlangte die Einfuhrgenehmigung für 4 Waggons amerikanisches Schmalz. Die Handelskammer weigerte sich die Einfuhrbewilligung dem Invalidenverbande zu erteilen, weil der Verband kein Handelsunternehmen ist. Es kam zu Verhandlungen und blieb dabei, daß die Einfuhrgenehmigung für die fraglichen 4 Waggons Schmalz nicht der Verband direkt, sondern die Kattowitzer Großisten für den Verband erhielten. Mit dem Verkauf des Schmalzes befaßten sich auch die Großisten, die nach Abmachung an den Verband der Kriegsinvaliden von jedem Pfund Schmalz 25 Groschen abführen mußten! Von den vier Waggons Schmalz erhielt der Vorstand des Verbandes der Kriegsinvaliden 20 000 Zloty. Diese 20 000 Zloty haben die Großisten in die 4 Waggons Schmalz einflaktiert und das Schmalz um diesen Betrag teurer verkauft. In einer öffentlichen Sitzung der Kattowitzer Handelskammer, wurde diese Tatsache festgestellt.

Im Herbst im vorigen Jahre war das amerikanische Schmalz in Oberschlesien rar gewesen und die Preise waren auch danach. Für ein Pfund Schmalz wurde bereits 2,50 Zloty verlangt und gezahlt. Wer da in dieser Zeit die Erlaubnis für die Schmalzeinfuhr bekam, dem winkte ein Verdienst, wie er sich ihn kaum geträumt hat. Das selbe amerikanische Schmalz, das im Herbst mit 2,50 Zloty gehandelt wurde, kostet heute im Detailhandel 1,70 Zloty. Die Differenz bei einem Pfund beträgt 80 Groschen und bei 4 Waggons 64 000 Zloty. Einen solchen Gewinn kann man sich schon gefallen lassen. Die Kalkulation des Vorstandes der Kriegsinvaliden war nicht übel und wenn sie auch nicht ganz glücklich ist, so sind schließlich die 20 000 Zloty auch nicht zu verachten, überhaupt, wenn man dabei weder Geldauslagen, noch ein Risiko hatte. Wo aber diese 20 000 Zloty hingewandert sind das dürfte die Kriegsinvaliden, die dem Verbande als Mitglieder angehören, auch interessieren. Sie sollen sich also danach erkundigen.

Beim Schmalzreglementation sind Erleichterungen eingeführt worden, was in der Praxis zu einer wesentlichen Verbilligung des Schmalzes geführt hat. Doch bei den anderen Artikeln, wie Heringe, Reis, Kaffee, Tee und Gewürz besteht die Reglementation nach wie vor. Die Preise sind auch danach für diese Artikel. Für ein Kilogramm Kaffee, das in Beuthen 3 Mark kostet, zahlen wir 12 Zloty; für 1 Kilogramm Tee, das in Beuthen 3,50 Mark kostet, zahlen wir 30 Zloty. Wer weiß was für Spekulanten an dem Gewinn bei diesen Artikel partizipieren. Ähnlich wie der Invalidenverband an den 4 Waggons Schmalz, können auch an dem Kaffee- und Teeimport verschiedene Verbänden beteiligt sein und die Arbeiter haben dann die Gewinne zu zahlen.

Wissenswertes für den Wähler

Wer kann als Abgeordneter gewählt werden?

Zum Sejmabgeordneten kann jeder Bürger gewählt werden, so bald er das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Wie ist die Abstimmung?

Die Abstimmung ist:

- 1. Allgemein (alle haben das Wahlrecht);
- 2. Geheim (die Abstimmung kann nicht nachkontrolliert werden);
- 3. Direkt (kann nur persönlich auf die Abgeordn. erfolgen);
- 4. Gleich (jeder Bürger hat nur eine Stimme);
- 5. Proportional (die Zahl der Abgeordneten ist von der Zahl der Wähler abhängig).

Wieviel Sejmabgeordnete und Senatoren werden gewählt?

In den 64 Wahlkreisen im ganzen Staate werden 372 Sejmabgeordnete gewählt. 72 Sejmabgeordnete entfallen auf die sogenannte staatliche Liste. Zusammen zählt der Sejm 444 Abgeordnete. Die Senatswähler wählen im ganzen Staate 93 Senatoren und 18 Senatoren entfallen auf die staatliche Liste. Der polnische Senat zählt 111 Senatoren.

Wieviel Sejmabgeordnete und Senatoren werden in der schlesischen Wojewodschaft gewählt?

Die schlesische Wojewodschaft wurde in drei Wahlkreise eingeteilt. Im Wahlkreise Kattowitz und Ruda werden 5 Sejmabgeordnete, im Wahlkreise Königshütte, Schwientochlowitz, Lublitz und Darnowitz 5 Sejmabgeordnete und im Wahlkreise Teschen, Bielitz, Rybnik und Pleß 7 Sejmabgeordnete gewählt. Insgesamt wählen die Wähler in der schlesischen Wojewodschaft 17 Sejmabgeordnete und 4 Senatoren. Die drei Wahlkreise werden in Wahlbezirke geteilt. Kein einziger Wahlbezirk darf mehr als 3000 Wähler umfassen und kein Wähler darf nicht weiter als 6 Kilometer vom Wahllokal entfernt werden.

Die Sejmwahlen werden von einer besonderen staatlichen Wahlkommission durchgeführt, die ihren Sitz in Warschau hat. In jedem Wahlkreis amtiert eine Wahlbezirkskommission und in jedem Wahlbezirk eine Wahlbezirkskommission.

Die schlesischen Wahlblöcke.

Soviel man bis heute übersehen kann, werden 4-5 Wahlblöcke ihre Kandidatenlisten präsentieren. Als erster Wahlblock trat die „Sanacja moralna“ in die Öffentlichkeit, die eine Reihe von Militärorganisationen, kulturelle und wirtschaftliche Vereine, einschließlich der sterbenden P.P.R.-Gruppen, sowohl die „Ve-

wica“ als auch die „Prawica“, zu der sogenannten Christlichen Nationalen Arbeitsgemeinschaft vereinigt hatte. Dieser Wahlblock wurde durch den Anschlag der Teichener Katholiken und der dortigen Piastengruppe gestärkt. — Als zweiter Wahlblock treten die Korianten auf, die neben der Christlichen Demokratie auch ihre wirtschaftlichen Organisationen in dem „Katholischen Volksblock“ vereinigt haben. — Die Deutschen, bestehend aus der früheren Zentrumsparterie und der Deutschen Partei, bilden zusammen die Wahlgemeinschaft, die schon die Wahlen im Jahre 1922 und die Kommunalwahlen 1925 durchgeführt haben.

Das erstmalig seit der Übernahme des oberschlesischen Gebietes durch den polnischen Staat geht die deutsche und die polnische Arbeiterschaft gemeinsam im Wahlkampf vor. Für die ganze schlesische Wojewodschaft und darüber hinaus wurde ein gemeinsamer Wahlblock der sozialistischen Arbeiterschaft gebildet. Die Deutschbürgerlichen und auch die polnischen Bourgeois nehmen den deutschen bzw. den polnischen Sozialisten das gemeinsame Vorgehen sehr übel, doch haben hier die Arbeiter lediglich nach ihren Klasseninteressen gehandelt, ohne sich auf die Kapitalisten beider Nationalitäten umzuschauen.

Neben diesen vier oben erwähnten Wahlblöcken ist noch eine Fünfte der Rustospartei und der Kommunisten zu erwarten.

Wem soll der Arbeiter seine Stimme geben?

Alle Wahlblöcke, die wir oben angeführt haben, werden um die Stimmen der schlesischen Arbeiter ringen. Die oberschlesische Arbeiterschaft macht hier 80 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Die Arbeiter sind auf viele Organisationen verteilt und ein großer Teil von ihnen huldigt dem Nationalismus und dem Merkantilismus. Die Arbeiter werden also nicht einheitlich vorgehen und werden sich vielfach durch Versprechungen heranziehen lassen. Große Versprechungen wird ihnen die „Sanacja moralna“ machen, die heute die regierende Partei ist und den kämpfenden Nationalismus vertritt. Die Korianten, die da im Namen Christi den Wahlkampf führen, und um das Seelenheil der Arbeiter sehr besorgt sind, werden den Arbeitern den Himmel nach dem Tode versprechen. Auch die anderen werden mit den Versprechungen nicht zurückbleiben wollen. Der Arbeiter kämpft um Brot und Freiheit und in diesem Kampfe wird er durch den Nationalismus und den Merkantilismus gehindert. Will also der Arbeiter seine Klasseninteressen wahrnehmen, so kann er seine Stimme nur dem sozialistischen Wahlblock geben.

toren in den Banken die Arbeitszeit der Bankangestellten kontrollieren. Neben den Banken gibt es auch noch andere Unternehmungen, die auch verdienen kontrolliert zu werden, damit endlich der unverkämmt Ausnützung der Angestellten ein Ende gesetzt wird.

Zum Entwurf des polnischen Berggesetzes

Beim Ministerium in Warschau liegt ein Entwurf für das einheitliche polnische Berggesetz vor, welches für die ganze Republik Polen Rechtskraft erlangen soll. Die schlesischen Haus- und Grundbesitzer sind an diesem Gesetzentwurf stark interessiert und zwar handelt es sich hierbei hauptsächlich um die Bestimmungen, welche im Titel 5, Abschnitt 3 des Gesetzentwurfes hinsichtlich der Bergschäden und Entschädigung von Grundbesitz für Grubenwände, angeführt sind. Da angeblich bei diesem Gesetzentwurf hauptsächlich die Vorschläge des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Kattowitz, sowie der Rada Zjazdu Przemyslowcow Gorniczach im Dombrowaer Gebiet seitens des Ministeriums berücksichtigt worden sind, soll der Entwurf keine wesentlichen Vorteile, sondern erhebliche Benachteiligungen für die Hausbesitzer aufweisen. Seit längerer Zeit sind die schlesischen Hausbesitzer bestrebt, ihre Forderungen und Wünsche an maßgebender Stelle vorzutragen und den Berggesetz anzubringen, jedoch hatten diese bisher mit ihren Bemühungen keinen wesentlichen Erfolg.

Zu den einzelnen Konferenzen, welche bei Durchberatung und Stellungnahme zu dem Gesetzprojekt inzwischen abgehalten worden sind, wurden Vertreter der schlesischen Haus- und Grundbesitzer in der Regel nicht hinzugezogen. So wurde beispielsweise auch in Kattowitz im Sommer

n. Is. unter Leitung des Vorsitzenden des Oberbergamts eine Konferenz abgehalten, zu welcher Hausbesitzer-Vertreter nicht eingeladen worden sind. Auf einer weiteren Konferenz, welche in Warschau stattfand und an der eine Delegation der schlesischen Haus- und Grundbesitzer teilnahm, konnte die notwendige, erwünschte Fühlungnahme zwischen den einzelnen interessierten Parteien zwecks Besprechung und Beseitigung der sich ergebenden Mißstände und Benachteiligungen nicht erfolgen. Da inzwischen weitere Schritte an maßgebender Stelle eingeleitet worden sind, um das projektierte Gesetz rechtskräftig werden zu lassen, haben sich die schlesischen Haus- und Grundbesitzer im eigenen Interesse veranlaßt, in einem besonderen Memorandum an das Ministerium in Warschau, dahin vorstellig zu werden, daß in Polnisch-Schlesien eine besondere Konferenz einberufen wird, auf welcher eine engere Fühlungnahme zwischen den interessierten Stellen erfolgen kann. Da es sich um die Ausarbeitung eines überaus wichtigen Gesetzes von einschneidender Bedeutung handelt, ist zu erhoffen, daß den Wünschen der schlesischen Haus- und Grundbesitzer entsprechend eine besondere Konferenz in kürzester Zeit einberufen wird.

Wahlpressowka

Wir wissen, was „Pressowka“ für den oberschlesischen Kumpel bedeutet und so haben wir wiederholt die Mahnung ausgesprochen, endlich doch ihn unserer Arbeiterschaft zugänglich zu machen. Verschiedentlich kündete man ihn an, aber zu sehen bekam ihn bisher kein Mensch. Und nun lesen wir in der „Polsta Zachodnia“, daß die Pressowka kommt und das sehr bald. Und keinem anderen ist dies zu verdanken als den Pan Wojewoda, dem geliebten Michael Grzyński.

Der verschwundene Hut. Eine Restauration auf der ul. 3-go Maja betritt ein Herr und hängt seinen Hut, ein ziemlich kostspieliges Exemplar, an den Garderobeständer auf. Im Hotel selbst sind wenig Gäste und meistens alles gut bekannte. Nach einiger Zeit, es mag wohl eine Stunde vergangen sein, will jener Herr aufbrechen, bezahlt und geht an seinen Hut heran. Aber zu seiner Verblüffung ist das Kopfmöbel weg. Er wird gesucht, vergebens, er ist nicht zu finden. Und man macht folgende etwas merkwürdige Feststellung. Auf einem Stuhl, der unter dem Tische plaziert ist, wo sich kurz vorher 3 gut bekannte Herren unterhielten, liegt ein alter schädiger Kapelus, schädig im wahren Sinne des Wortes. Dieses Corpus delicti genügt oder hätte eigentlich genügen müssen, um die Geschichte aufzuklären. Aber keine Spur davon. Unsere Kriminalpolizei nahm sich in liebenswürdiger Weise dieser Hutgeschichte an und siehe da, ein Beamter konnte sogar mit Bestimmtheit behaupten, wenn der zurückgelassene schädige Hut gehört. Doch eigentlichlich war man überrascht, als der Eigentümer erklärte, nie in seinem Leben so ein Exemplar besessen zu haben. Ungläubige Mienen, aber da dieser Herr eine nicht unwesentliche Rolle im öffentlichen Leben spielt, verblieb es bei den ungläubigen Mienen. Und überall, wo man sonst noch auf den Tisch klopfte, wiederholte sich dasselbe Spiel. Niemand hat jemals einen Hut verkauft, jeder besaß seinen eigenen. Das ist das merkwürdigste an dieser Hutgeschichte. Wo mag nun eigentlich der Kapelus stecken. Ob er sich selbst aufgelöst hat? Oder ist mit ihm eine höchst rätselhafte Verwandlung vorgegangen, insofern als aus einem guten Filz ein schädiger wurde. Wer kann es wissen! Heute ist alles möglich. Aber es lohnt nicht weiter, sich über diese höchst mysteriöse Angelegenheit allzu sehr den Gehirnskisten anzustrengen, dadurch wird der Kapelus nicht mehr herbeigezaubert. Aber diese Geschichte möge allen denjenigen, die einen guten Kapelus ihr eigen nennen, zur Warnung dienen.

Ein Raufkatt. Der Arbeitslose L. aus Königshütte, der der Polizei bereits als gewalttätiger Mensch bekannt ist, hat den Händler Spinczyk von der Galechstraße 50 hinterlässt überfallen und ihn durch Schläge so schwer verletzt, daß der Ueberfallene mit schweren Kopfwunden ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Veranlassung zu dem Ueberfall soll Rauf wegen einer früheren Streitigkeit zwischen L. und St. sein.

Tabakfreunde. Vor kurzem wurde aus der Tabakwaren-großhandlung in Königshütte, Ring 2, ein Posten Ware im Werte von 1200 Zloty gestohlen. Nun gelang es der Polizei die Diebe zu ermitteln und zwar sind es ein Eduard Nicer aus Charlottenhof und ein Alois Nowak aus Königshütte. Beide wurden dem Königshütter Gerichtsgefängnis zugeführt.

Siemianowicz

Fabrik im Januar.

Fabrik im Januar — das ist kein Feuilleton für gutwillige Leute, sondern das ewige Lied von der Not des Proletariats. Wenn die Arbeiter durch das Dunkel des Winterfrühmorgens in die Betriebe stapfen, unausgeschlafen und hundeimide noch vom gestrigen Ueberkündentag, schläft der Bürger im behaglichen Bett seinem Wintersport am späten Vormittag entgegen. Hier versteht man das Annehmliche jeder Jahreszeit sehr gut mitzunehmen.

Für den Proleten fallen stets nur die Schläden ab. Im Sommer, wenn er schweißüberströmt in den drückend heißen Wertsäumen steht, an der Drehbank oder an der mördertischen, freßenden Maschine, deren heißer erbaumungsloser Atem ihm auf Herz und Lungen schlägt, im Winter, wenn die Kälte hinter ihm herschleicht, in die freudlosen, engen Wohnhöhlen, zu deren Beheizung das Holzgeld nicht reicht und in die Fabrik, deren frostkühlenderer Mantel Grabestätte in Werkstatt und Fabrikraum gießen.

Fabrik im Januar ist wie ein Grab, in dem nur die Maschinen unablässig donnern, hämmern und jagen, während der arbeitende Mensch, ihr Sklave, leidend dabei steht, unabhängig und doch — ewig an sie gefesselt.

Unser Schauspielabonnement

Von Studienrat Rudolf Pizet, Vorsitzenden der Deutschen Theatergemeinde.

I.

Ueber Spielplangestaltung im allgemeinen:

Wie der Vorstand der Deutschen Theatergemeinde bereits durch die Presse und in einem Rundschreiben an die bisherigen Abonnenten mitgeteilt hat, beginnt Ende Januar mit Hasenclevers „Ein besserer Herr“ das zweite Schauspielabonnement der diesjährigen Saison, das 6 Stücke umfassen wird, im Bedarfsfalle jedoch auf 8 erweitert werden kann. Ueber den Nutzen eines solchen Abonnements ausführlicher zu sprechen, erübrigt sich nach den Erfahrungen, die Publikum und Theaterleitungen mit dieser Einrichtung gemacht haben. Ein Schauspielabonnement gibt auch dem nicht allzureich mit Glücksgütern Gesegneten infolge der starken Preisermäßigung die Möglichkeit, im Laufe einer Saison eine größere Reihe wertvoller Bühnendichtungen zu sehen und versteht andererseits, wenn es beim Publikum den nötigen Anklang findet, die Theaterleitung finanziell in die Lage, eine wirklich hochwertige Schauspielkunst zu pflegen. Abonnements für Oper und Operette aufzulegen, erübrigt sich, ja, würde sogar eine finanzielle Schwächung des Theaterunternehmens bedeuten, da diese besonders kostspieligen Veranstaltungen von vornherein — wenigstens bei uns in Posen — überschritten — eine weit größere Anziehungskraft auf das Publikum ausüben, trotzdem man sagen muß, daß das Schauspiel zweifellos die edelste oder zum mindesten die organischste Bühnenkunst darstellt, vorausgesetzt, daß die Leistungen des Ensembles und der Spielplan sich auf einem entsprechendem Niveau bewegen.

Apropos: Der Spielplan!

Von vornherein sei festgestellt, daß ein Spielplan, der das Publikum in seiner Gesamtheit rechtlos zufrieden stellt, leider noch nicht erfunden wurde. Und wenn ein Theaterleiter in manchen schlaflosen Nächten, nach sorgfältigster Berücksichtigung aller Gesichtspunkte, glaubt, das Rätsel eines Musterplans gelöst zu haben, wird ihm, vielleicht gerade, weil er allen Wünschen gerecht werden wollte, in Kürze nachgewiesen werden, daß sein Spielplan miserabel, ja unmöglich sei, weil er eine bestimmte künstlerische Linie vermissen lasse. Im allgemeinen fährt wohl derjenige Theaterleiter immer noch am besten, der mit einem klar umrissenen, vorwiegend nach künstlerischen Gesichtspunkten aufgestellten Programm vor die Öffentlichkeit tritt und es versteht, wenigstens einen erheblichen Teil des Publikum als treue Gefolgschaft auf seinem mit persönlicher Berbe beschrittenen Wege mitzureißen. Dies war jedoch in früheren Zei-

Stärkt den Wahlfond Eurer Partei!

Die Wahlvorbereitungen sind in vollem Gange. In allen Lagern, in allen Parteien wird gerüstet zu den Sejm- und Senatswahlen, denn gerade diese Wahlen dürften Entscheidungen von größter Wichtigkeit bringen. Gilt es doch die in den letzten Jahren proletarischer Not zu alter Macht erstarkte Reaktion zu zerschlagen, verlorene Rechte wieder zu gewinnen und neue Forderungen zu verwirklichen. Das Wahljahr 1928 dürfte ein Prüfstein für die gesamte Arbeiterschaft werden, aber nicht nur für die in Polen allen.

Immer mußte die Arbeiterklasse ihren Kampf mit eigenen Mitteln führen, immer wieder mußte sie an die Opferwilligkeit des Proletariats pochen und rütteln, denn ihr steht kein Wahlfond aus den Kassen der Industriebarone und Agrarier, überhaupt der besitzenden Klasse, zur Verfügung. Sie hat aber auch keine Kanzeln, von wo sie einer gläubigen Menge gleich Gotteswort Wahlparolen befehlen kann. Dann fehlt ihr auch jene kapitalistische bürgerliche Presse, die unter dem Deckmantel politischer Neutralität sich nicht nur Leser, sondern auch Wählermassen zu sichern weiß.

Die Arbeiterschaft hat nur ein einziges Mittel zu ihrer Arbeit: Das Ideal des Sozialismus!

Und mit diesem Mittel muß sie ihre Schlachten schlagen, muß einmal zum Siege gelangen. Ideen müssen eben propagiert werden, sollen sie in die Gehirne der Menschheit dringen.

Und propagieren heißt kämpfen und kämpfen verschlingt Geld.

Und gerade Wahlkämpfe sind es, welche an unsere Partei besondere Aufgaben und außerordentliche Anforderungen an finanziellen Mitteln stellen. Dessen muß sich jedes Parteimitglied bewußt sein und deshalb an unseren

Wahlfond

denken. Kampffondsmarken sind bei allen Parteifunktionären zu haben.

Wie ein Wall des Hasses und der Wut flirmt sich das eisige Winterdämmerlicht um die Männer der Arbeit. In den kalten Fabrikräumen ist keine Freude...

Fesseln überall... Harter, einschneidende frostklammer Fesseln...

Aber das Leben erstarrt nicht. Unter den Krusten der Unterdrücktheit und der Not wirkt und zimmert es weiter. In nie erlahmender Hoffnung. Dem Frühling entgegen.

Maggrube. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in unserer vorgestrigen Ausgabe eine Notiz, die von der Wahl des Betriebsausschusses dieses Betriebes handelt. Der Inhalt dieser Notiz ist, wie wir uns überzeugten, durchaus falsch und nur ein Phantasiegebilde unseres Siemianowicz' Berichterstatters. In Zukunft werden derartige Irrtümer nicht mehr entstehen, da wir in unserer Laurahütter Berichterstattung bereits eine Menderung getroffen haben.

Schwienochlowicz u. Umbeugung

Eine interessante Entscheidung des Gewerbegerichts.

Fünf Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes stellten einen Antrag bei der Fabrikhütte auf Bezahlung von 2 Stunden täglich, weil sie am Martinwerk 12 Stunden täglich beschäftigt waren und keine festen Pausen hatten. Nach Angabe der Verwaltung und der Zeugen sind wohl 2 Stunden Pausen am Tage. In manchen Tagen sind die Pausen 2 Stunden und mehr, jedoch zum Verlassen des

Werkes besteht die Möglichkeit nicht. Manchmal ist die Gelegenheit so kritisch, daß sie nicht einmal Zeit zum Essen einnehmen haben. Die Vernehmung am Gewerbegericht war sehr korrekt und wurde sehr eingehend geführt. Die Verwaltung hat außer dem Vertreter der Hütte (Herrn Brzostka) noch 4 weitere Beamte als Zeugen aufgetrieben, die die Verwaltung entlasten sollten. Von der Arbeiterseite vertrat die Kläger ein Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes und 2 Betriebsräte der Fabrikhütte und wurden ebenfalls 4 Zeugen von Seiten der Belegschaft vorgenommen. Nach eingehender Beratung ist die Forderung der Arbeiterschaft von 400—600 Zl. den einzelnen Arbeitern für die verfahrenen und nicht bezahlten 2 Stunden für das Jahr 1928 restlos zugesprochen worden.

Interessant sind die Ausführungen des Chefs des Martinwerkes gewesen, welcher erklärte, daß vom Januar 1928 in allen Betrieben des Martinwerkes wo früher 3 bis 5 Leute beschäftigt waren, heute nachdem der Nachkündentag eingeführt worden ist, 1 Mann abgenommen wurde und die Arbeit trotzdem voll und ganz erledigt wird. Ein Ingenieur, dessen Namen wir vorläufig nicht nennen wollen, hat sich sogar dahin geäußert, daß der 3. Mann soviel Pausen hat, daß er bei der Arbeit sich ausschlafen könnte und er dagegen nichts einzuwenden hätte. Ein Teil des Gerichtes hat beinahe die Lust empfunden, sich nach dem Stahlwerk der Fabrikhütte vermitteln zu lassen, wo man bei der schweren Arbeit sich noch ausschlafen kann. Alle diese Einwendungen haben trotzdem nichts gebracht und der Schiedsspruch wurde zu Gunsten der Arbeiter gefällt.

ten viel, viel leichter als heutzutage. Etwa in den Neunziger Jahren und um die Jahrhundertwende fiel es einem Theaterleiter durchaus nicht schwer, einen hochliterarischen und gleichzeitig sehr aktuellen Spielplan aufzustellen, bei dessen Durchführung er einen beträchtlichen Teil des Publikums sicher auf seiner Seite hatte. Damals flutete die mächtige Woge des Naturalismus und der modernen Gesellschaftskritik im Drama über Deutschland hin, man brauchte nur Ibsen und Hauptmann zu spielen, daneben ein wenig Sudermann für die „breiteren Schichten“ und etwas Wedekind für die Liebhaber einer besonders pikanten Kost, und man war als Wegbereiter moderner Theaterkunst des Beifalls von vornherein sicher. Damals hatte jedes interessierter Theaterbesucher, denn es gab noch jenen für alles wertvolle Neue immer empfänglichen, in seiner Struktur einheitlichen Mittelstand, der, eine Wimperwahrheit, durch den Weltkrieg und seine Folgen vernichtet worden ist. Seitdem ist unser Publikum in einem Umschichtungsprozeß begriffen, der noch lange nicht beendet ist. Die heutige Welt befindet sich in weltanschaulicher, politischer, kurz, in jeder Beziehung in einem Uebergangsstadium, von dem vorläufig niemand weiß, wie lange es anhalten wird. Vieles, was man früher als „festen Wert“ betrachtete, ist wertlos oder zum mindesten fragwürdig geworden.

Diesen Umwandlungsprozeß erleidet die heutige Bühne genau so wie jedes andere Ausdrucksmedium unserer Zeit. Die bisherigen Formen des Bühnenspiels bröckeln langsam ab, man experimentiert nach verschiedenen Richtungen, Film und Radio durchbrechen die Schranken der bloßen Sprechbühne. Um die heutige Lage zu kennzeichnen, genügt es einen Namen zu nennen: Piscator.

Unsere Gegenwart ist Zeit der genialen Regisseure und Schauspieler. Der große deutsche Dramatiker, der die Nachfolgerschaft des nunmehr 65-jährigen Gerhart Hauptmann antreten könnte, ist dagegen noch nicht erschienen. Es gibt eine Anzahl dramatische Talente mit zweifellos genialen Einschlag, aber sie sind alle Uebergangsercheinungen. Meistens beginnen sie mit einem „Wurf“, man wird mit einem Schläge auf sie aufmerksam, die Kritik ruft „Sofistika“ und schon das zweite oder dritte Werk läßt erkennen, daß es wieder einmal nicht der Richtige war. Als Fritz von Unruh's erstes Drama „Offiziere“ herauskam, sprachen namhafte Berliner Kritiker im ersten Lebensschwung von einem zweiten Kleist. Und heute? Ähnliches gilt von Toller, Bronnen, Brecht, Judmayer und anderen. Keiner der Nachkriegsdramatiker reicht, wenn man seine bisherige Leistung abschätzt, auch nur entfernt an die Dauerpotenz des jüngeren Gerhart Hauptmann heran, trotzdem selbst bei diesem wirklich großen Dichter in dem Hin- und Herbewandern zwischen verschiedenen Stilen und Weltanschauungen der moderne

Auflösungsprozeß sichtbar wird. Man kann an diesen Tatsachen ebensowenig vorübergehen wie es zwecklos ist, über sie zu lamentieren. Jedem Tieferschauenden wird klar sein, daß wir noch eine Weile auf den nächsten großen Dramatiker warten müssen, weil wir eben noch mitten im Uebergang sind. Heute gibt es nur Vorkäufer, bis dann eines Tages der neue dramatische Genius erscheinen wird, der in verbüßender Synthese alle zum Teil auseinanderlaufenden Bestrebungen seiner Wegbereiter in seiner umfassenden dichterischen Persönlichkeit organisch verschmelzen wird.

Nach alledem kann es für einen im künstlerischen Sinne verantwortungsbewußten Theaterleiter eigentlich nur einen einzigen Weg der Spielplangestaltung geben:

1. Aus dem großen dramatischen Literaturbereich der Vergangenheit diejenigen Werke auszuwählen, die unsterblich genug sind, um uns auch heute noch Entscheidendes sagen zu können.

Dabei wird es unbedingt notwendig sein, diese Dichtungen in einer dem Gegenwartsempfinden möglichst angepaßten Form auf die Bühne zu bringen, damit nicht durch unnötiges Mittelschleifen längst abgelebter Außerlichkeiten die Wirkung der Aufführung auf das heutige Publikum beeinträchtigt, ja vielleicht vernichtet werde. Hier erwächst der Spielleitung des Schauspielers eine besondere Aufgabe, die viel schwieriger ist als die Inszenierung moderner Werke, weil deren Wesen sich dem Publikum mitunter gleichsam von selbst erschließt. Gerade durch seine Art der Inszenierung klassischer Werke wird ein Regisseur sein künstlerisches Feingefühl beweisen können. Er wird weder die Dichtung durch eine allzu brutale Regie ganz aus dem Boden der Vergangenheit, in dem sie nun einmal wurzelt, herausreißen, noch durch ein bloßes Totten in herkömmlichen Bahnen das Publikum langweilen dürfen. Es gehört ein außerordentlich feinspüriges, künstlerisches Empfinden, ja, es gehören geradezu schöpferische Fähigkeiten dazu, hier jedesmal das Richtige zu treffen. Der Spielleiter wird sein Augenmerk einzig und allein darauf richten müssen, daß über den Wandel der Zeiten hinaus unverrückbar Bestehende und Allgemeingültige der betreffenden Dichtung herauszuschälen und in diesem Sinne auch vor starken Kürzungen, ja selbst vor behutsamen sprachlichen Umformungen nicht zurückzucken dürfen.

2. Aus der dramatischen Literatur der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit das relativ Wertvollste und für das Verständnis der Gegenwartsercheinungen, besonders Charakteristische herauszusuchen, denn jede Bühne hat bis zu einem gewissen Grade die Verpflichtung, Spiegel der Zeit zu sein.

Im zweiten Teil des Aufsatzes soll nun unter diesen beiden Gesichtspunkten, der für den Rest der Saison vorgesehene Spielplan des Schauspielers näher betrachtet werden.

Schluss folgt.

Gewerkschaften und Wahlen

In gewerkschaftlichen Kreisen hören wir oft die Meinung, daß die Gewerkschaften wirtschaftliche Organisationen sind und darum sich nicht in die politische Angelegenheiten einmischen wollen. Aber man ist endlich auch schon dort zu der Überzeugung gekommen und die Nachkriegszeit hat den gewerkschaftlichen Führungen bittere Lehren erteilt, daß man sich mehr als bisher, um die Politik zu kümmern hat. Gewiß, die Politik ist ein umfassendes Gebiet, welches alle Phasen des täglichen Lebens umfaßt, während den Gewerkschaften oft nur ein engeres Gebiet, daß der Sozialpolitik, der Arbeitergesetzgebung und der Wirtschaftspolitik zugeteilt wird. Aber diese Gebiete sind mit dem Leben des Staates so eng verbunden, daß man sie nur schwerlich voneinander trennen kann. Wer Wirtschaft von Politik trennen will, will nichts anderes, als beides vernachlässigen. Die Nachkriegszeit mit ihren großen Problemen erfordert geradezu die stärkere Einwirkung der Wirtschaft auf die Politik, die wiederum die Aufgabe hat, in jeder Beziehung die Wirtschaft des Staates zu fördern. Aber leider haben bisher die sogenannten Wirtschaftskreise die Politik benutzt, um sich auf Kosten der breiten Massen von den Verpflichtungen fernzuhalten, die ihnen der Staat auferlegt. Die Wirtschaftskreise waren es, die die Politik oft sabotiert haben, um nur nicht die Verantwortung übernehmen zu müssen, die ihnen der Staat auferlegt und haben immer wieder eine Hege gegen den politischen Einfluß auf die Wirtschaft betrieben.

Heute dürfte es gerade den Gewerkschaftlern klar sein, warum die Hebermacht der Arbeitgeber entstanden ist. Weil sie es in jeder Hinsicht verstanden haben, in politischen Führungen sozialen Einfluß zu gewinnen, daß sie mehr oder weniger auch über die Politik die Entscheidung begeben. Der Ruhrkampf war ein Beispiel dafür, daß die Arbeiter die Kosten und die Gefahren tragen konnten, die „geschädigte“ Wirtschaft aber nachträglich die Millionen als Entschädigung erhielt. Und dies wäre nie möglich gewesen, wenn in der damaligen Regierung auch die Arbeiterklasse in genügender Anzahl vertreten gewesen wäre. Der Ruhrskandal ist ein Beweis dafür, daß sie sich nicht von der Politik ausschalten dürfen. Und in Polen sehen wir gerade jetzt ein Musterbeispiel, wie schnell sich die sogenannten Wirtschaftskreise an die neuen Verhältnisse anpassen. Dieselben Industrieführer, die den Maimarkt auf das festigste beschützt haben, in oberösterreichischen sogar die „Polonia“ mit ihren Mitteln unterstützen, sie haben sich bereits mit der Regierung Bilsudski ausgeeinigt, weil sie glauben, Vorteile auf Kosten der breiten Massen zu erreichen. Verschunden ist da die schöne Illusion der nationalen Zugehörigkeit und des konfessionellen Unterschiedes. Zur Ausbeutung der breiten Volksschichten finden sich in der nationalpolnischen Patrioten, deutsche Chauvinisten, jüdische Kapitalisten und Bankvertreter in friedlicher Eintracht mit der Regierung zur weiteren Beherrschung, nicht zuletzt der Arbeiterklasse. Demgegenüber steht die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften zersplittert da und werden durch diese kapitalistische Einheitsfront unter Führung der Regierung vom politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausgeschlossen.

Und darüber besteht wohl heute keine Meinungsverschiedenheit, daß die Arbeiterklasse in den kommenden Monaten vor weit wichtigere Aufgaben gestellt wird. In den sogenannten Wirtschaftskreisen spricht man von einer sich lehenden Krise, die sich auch auf unser Industriegebiet ausdehnen wird, man rechnet mit weitern Arbeiterentlassungen denn der polnisch-deutsche Handelsvertrag ist noch in weite Ferne gerückt. Wir wissen, wie die Regierung bisher die gewerkschaftlichen Vertretungen behandelt hat und wissen auch, welche Vorstellungen gerade der oberösterreichischen Industriellen-Verband bei der Warschauer Regierung erhoben hat. Nicht umsonst haben die sogenannten „deutschen“ Wirtschaftsführer, die Williger, Geisenheimer und Wachsmann ihren Namen unter den Aufruf der Wirtschaftskreise zur Mitarbeit mit Bilsudski gesetzt, sie erhalten ihren Gewinn in anderer Form wieder. Und daraus sollte auch die Arbeiterklasse ihre Konsequenzen ziehen. Denn in einem sogenannten „christlichen“ Arbeitsblock ist man bestrebt, die Arbeiter unter der Führung der Geistlichen zu „vereinigen“, ihn mit nationalen Phrasen zu füttern, sie vergessen zu machen, daß für die Arbeiterklasse die Lösung sozialer Fragen und der Schutz ihres Lebensinteresses erste und oberste Aufgabe ist. Wir sehen ja, wie sich die regierungstreue Presse bemüht, sich gerade jetzt im Kampf um den Achtstundentag ein Mantelchen der „Arbeiterfreundlichkeit“ aufzulegen, ein wenig gegen die Arbeitgeber zu wehren, aber ja nichts gegen die Regierung zu sagen, in deren Händen es liegt, mit einem Federstrich die Achtstundentarbeit auch in Oberschlesien einzuführen. Es gibt ja ein solches Gesetz, welches in ganz Polen verpflichtend ist, aber zum Schutz der oberösterreichischen Industrie angeblickt nicht auch auf diesen Gebietsteil Polens ausgebehrt werden soll.

Hier hätten die heutigen politischen Führer Polens beweisen können, daß ihnen das Arbeiterlos nicht nur in schönen Aufrufen am Herzen liegt, sondern daß sie die Arbeiterrechte auch verwirklichen wollen. Im schlesischen Sejm haben die Sozialisten wiederholt Anträge gestellt, um dieses Gesetz, welches in einem Teil der Woiwodschaft, Teschen-Schlesien, Geltung hat, auch in Oberschlesien einzuführen; man hat diesen Wunsch nach Warschau übermittelt, aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Nun waren ja die früheren Regierungen reaktionär und antidemokratisch, aber die heutige Regierung will die Regierung „breiter“ Volkstreue sein und doch hat sie in Arbeiterfragen absolut keine andere Politik als es die früheren kapitalistischen Regierungen auch hatten. Wir wollen in diesem Zusammenhang gar nicht auf den Vertreter der Regierung in Oberschlesien in Arbeiterfragen eingehen, aber seine Haltung hat wiederholt bewiesen, daß seine Arbeiterfreundlichkeit gleich null ist. Er vertritt die Interessen der Industrie. Die Arbeiterklasse braucht heute nicht wegen des Achtstundentages im Teilstreik stehen, sondern könnte ihn haben, wenn sie

es verstanden hätte, sich auch den politischen Einfluß im Sejm zu sichern.

Der Kampf um die soziale Befreiung der Hand- und Kopparbeiter ist noch lange nicht beendet. Wieder nahe die Wahlen zu den gesetzgebenden Instanzen. An den Gewerkschaften liegt es nun, sich bei den politischen Parteien einen solchen Einfluß zu sichern, daß ihre Rechte gewahrt werden. Dies kann aber nicht erreicht werden, indem sich die Gewerkschaften als politisch neutral erklären, sondern dadurch, daß sie sich auch politisch für eine Partei entscheiden. Es kann für die Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, welche Agitation sie bei den kommenden Wahlen für die politischen Instanzen betreiben und darum müssen sie sich entscheiden. Die deutsche und polnische Arbeiterklasse, welche die Wenderung der heutigen Wirtschafts- und Staatsverhältnisse will, hat sich zusammen-

Der Leidensweg der italienischen Gewerkschaften

Von Angelica Balabanoff-Paris.

Die Betrachtung der langen Reihe widerspruchsvoller Leidensstationen der italienischen Gewerkschaftsbewegung ist unentbehrlich, um die hervorstechendsten Seiten des Abenteueriums, das Faschismus heißt, kennen zu lernen.

In der ersten Phase (vor der Erringung der Macht) war der Faschismus libertarisch. Jede Maßnahme auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Staates wurde als „verräterisch“ zurückgewiesen. Bei der Gründung der Fasci erklärte Mussolini:

„Wir müssen der Arbeiterklasse entgegenkommen und alle ihre Forderungen erfüllen. Verlangen die Arbeiter den Achtstundentag? Werden morgen die Grubenarbeiter und die Nachschichten den Sechstundentag verlangen? Die Kontrolle der Industrie? Wir werden alles erfüllen, weil wir die Arbeiterklasse zur Leitung der Produktion heranziehen wollen. Die ökonomische Demokratie ist unsere Lösung.“

In der zweiten Phase, das heißt jenseits nach dem Sieg des Faschismus, wurde dies Programm der „ökonomischen Demokratie“ dadurch in die Praxis umgesetzt, daß man alle Arbeiter und Arbeiterführer die im Verdacht standen, für die Forderungen der Arbeiterklasse zu kämpfen, als vogelfrei erklärte, sie und ihre Familien ihr Eigentum und Einrichtungen der Arbeiterklasse Straflagern auslieferte; Massenterror, Ausweisungen, Prügel, Erpressungen, Torturen, Mord, Mordanschläge, Gummiknüppel, Bomben, Handgranaten, Brandstiftungen, waren die Mittel, mit denen der Faschismus die Arbeiterklasse niederrang.

Da der Faschismus trotz dieser Mittel zwar menschliches Leben, gemeinschaftliches Eigentum, Volks- und Privathäuser, Redaktionen, Genossenschaften, Gewerkschaften, nicht aber das Klassenbewußtsein und den Klassenkampf ausrotten konnte, wurde die dritte Phase proklamiert. Die Unbesiegbareit des Faschismus sollte dadurch bewiesen werden, daß man behauptete, die Avantgarde des Volkes die revolutionär eingestellten Massen hätten sich spontan zum Faschismus bekehrt. Ein Opfer dieser „spontanen Bekehrung“ schrieb (das Schreiben wurde in Faschisten veröffentlicht, als es dort noch im ersten Jahr der faschistischen Herrschaft eine Arbeiterpresse gab):

„Am 12. August 1923 wurde ich abends von den Faschisten in das Lokal des Fascis gebracht und dort bis zum 15. August festgehalten, wobei mir ein Faschist ununterbrochen die Pistole an die Schläfe hielt, während andere mir einen Strich vor die Augen hielten, mit dem sie mich aufzuhängen drohten, oder mir die Hände und Füße zu binden, um mich zu zwingen, der faschistischen Organisation beizutreten. Außerdem drohten sechs Faschisten aus Mezzolana, mich durch Chloroform einzuschlafen. Am 14. wurde mein Mann in das selbe Lokal gebracht; man hatte ihn aus dem Bett, wo er krank lag, herausgeholt, in meiner Gegenwart wurde er mit Händen und Füßen an einen Stuhl gebunden und bedroht, in Stücke geschneitten zu werden! So wurden wir gezwungen, der faschistischen Gewerkschaft beizutreten; Tages- und Nachtelang wurde ich von den Faschisten angepöbeln und verhöhnt schlimmer als wenn ich eine Dirne gewesen wäre.“

Dieses von Albertina Galliani, Landarbeiterin aus Mezzolana unterzeichnete und veröffentlichte Dokument, wirft ein edelmütiges Licht auf die faschistischen Methoden, wie auf die Glaubwürdigkeit der im Ausland verbreiteten Behauptung, die italienische Arbeiterklasse habe sich zum Faschismus bekehrt.

Und nun treten wir in die vierte Phase ein. Die Parole der „Bekehrung“ wurde ausgegeben die Organisation wurde durch ein Gesetz vom April 1926 zum Zwangszustand erhoben. Alle sich in irgendeiner Weise betätigenden Italiener, seien es Arbeitnehmer eines materiellen oder intellektuellen Berufes seien es Unternehmer, müssen organisiert sein, und zwar darf es auf einem jedem Gebiete der Produktion und in einer jeden Ortschaft nur je eine Organisation der Arbeitgeber und eine der Arbeitnehmer geben. Nur diese gesetzlich anerkannte „Gewerkschaft“ darf Verträge abschließen, Lohnforderungen aufstellen u. w.

Um gesetzlich anerkannt zu werden, muß die betreffende Organisation nachweisen können, daß sie nicht nur wirtschaftliche sondern auch nationale Ziele verfolgt, und daß die „Funktionäre“ der betreffenden Organisation Garantien ihrer Befähigung, ihrer Moral und ihrer absolut zuverlässigen nationalen Gesinnung liefern. Wenn nur 10 Prozent der Arbeiter eines Berufes der Organisation beitreten, so gilt diese als alleinige Vertretung sämtlicher Arbeiter und wird als einzig erlaubte Organisation gesetzlich anerkannt. Den 90 Prozent der Arbeiter — auch denjenigen, die der Organisation nicht beitreten wollen, oder die man als antinationale Elemente nicht aufnehmen will — werden die Beiträge vom Lohn ohne weiteres abgezogen.

Die Aufforderung zum Streik wird mit Gefängnisstrafe gebüßt! Die Gefängnisstrafe ist umso strenger, wenn es sich um Betriebe handelt, die „im öffentlichen Dienste“ stehen; anlässlich des „Gewerkschaftsengesetzes“ wurde eine Liste von 98 derartigen Betriebsarten veröffentlicht, vom Eisenbahndienst bis zu den Lebensmittelgeschäften.

Noch schlimmer als es das Gesetz erwarten läßt, sieht es in der Praxis mit den zwei gewerkschaftlichen Zwangsorganisationsarten aus. Durch die jeweils von der Regierung genehmigten Statuten der Organisation wird jede gesetzliche Bestimmung weit

mengefündet. Jetzt liegt es an den Gewerkschaften, sich den Weg zu suchen, sich dieser Einheitsfront anzuschließen, damit Klassenkampforganisationen und sozialistische Parteien den politischen Einfluß der Arbeiterklasse mit erobern helfen.

Darum ist es Aufgabe der Gewerkschaften die sozialistische Einheitsfront der Hand- und Kopparbeiter in jeder Beziehung zu unterstützen u. in den Gewerkschaftsversammlungen für die kommenden Wahlen ihre Mitglieder im sozialistischen Sinne zu beeinflussen. Die politischen Parteien haben nicht den Einfluß auf die breiten Massen in Werksstätten, Grube und Büro und darum müssen ihnen die Gewerkschaften im großen Befreiungskampf der Hand- und Kopparbeiter behilflich sein. Dann muß das Werk gelingen, der Weg zur sozialen Befreiung beschritten werden! Darum auf auch von gewerkschaftlicher Seite zum Wahlkampf, zur Erörterung der Politik und Wirtschaft durch das werktätige Proletariat!

gemacht. Die Unternehmer haben das Recht, sich einen Vorsitzenden bzw. ein Exekutivorgan zu wählen; sie fassen Beschlüsse durch Abstimmung. Die Arbeitgebergewerkschaften dagegen bekommen einen Vorsitzenden von der Regierung zugewiesen; dieser ernannt (!) die Funktionäre aller lokalen Organisationen und wählt sich einen Ausschuss, der nur aus von ihm ernannten Funktionären besteht; dies bedeutet also, daß die Arbeiter, „Gewerkschaften“ von der Regierung und nur von ihr geleitet werden.

Dazu kommt noch, daß die Staatsangestellten und die in den Staatsindustrien beschäftigten Arbeiter sich nur zu Unterzwecken organisieren dürfen, und zwar auf besondere Genehmigung der Regierung wobei ihre Vereine unter die direkte Kontrolle der faschistischen Partei (nicht mehr Regierung!) gestellt werden.

Auch die sogenannten freien Berufe unterliegen der Zwangsorganisation; die von der faschistischen Regierung anerkannte Minibehörde hat darüber zu bestimmen, ob die betreffenden Kollegen in die „Gewerkschaft“ aufgenommen werden dürfen. Daraus resultiert sich die große Zahl der Arbeitslosen gerade in diesen Berufen.

Weder ein Advokat, noch ein Beamter, noch ein Staats- oder Privatlehrer oder Journalist darf seinen Beruf ausüben, wenn er nicht Garantien bietet für seine Treue dem Faschismus gegenüber oder seinen Kollegen oder Konkurrenten nicht genügt.

Trotz alledem behauptet der Faschismus, er verkörpere die „gewerkschaftliche Freiheit“.

Nun kam zur Abwechslung die fünfte Phase, die „Korporative“. Sie besteht darin, daß die Unternehmerorganisationen und die von der Regierung geführten, jeder Selbstständigkeit und jeder Tätigkeitsmöglichkeit beraubten Arbeiter, „Gewerkschaften“ zusammenzutreten, um der Regierung über die Wirtschaftspolitik hinwegzuhelfen. Und die „korporativen“ Körperschaften, wo Faschisten mit Faschisten „verhandeln“, haben bereits Resultate erzielt: die Löhne der Staatsarbeiter sind um 25 bis 40 Prozent gekürzt worden, obwohl die Löhne vieler Arbeiterinnen, der Textilarbeiter und der durchschnittliche Lohn überhaupt 30 Prozent niedriger als vor dem Krüge ist, und ständiger Herabsetzung unterliegt.

Die Arbeitslosigkeit erreichte trotzdem in Italien einen noch nie erlebten Stand; etwa 800 000 Arbeitslose trotz der vervielfachten Auswanderung! Und obwohl ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen ist, die Arbeitszeit auf drei bis vier Tage pro Woche einzuschränken! Die Lebensmittelpreise sind trotz der Verprechungen der Korporativen nicht gesunken und stehen in keinem Verhältnis zum Lohn.

Um zum Schaden den Lohn zu fügen, verordnet der „Hohe faschistische Rat“, das heißt das Exekutivorgan der Regierung, daß die Korporativen Kandidatenlisten zum „Parlament“ aufstellen dürfen, die aber vom Hohen faschistischen Rat anerkannt bzw. verworfen werden können. Also die Regierung ernennt die Gewerkschaftsfunktionäre; diese ernennen Kandidaten, deren Kandidatur wiederum von der Regierung verworfen oder anerkannt werden soll.

Unter diesen Umständen blieb dem italienischen Gewerkschaftsbund nichts anderes übrig, als seinen Sitz ins Ausland zu verlegen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat im Oktober 1927 die italienische Gewerkschaftszentrale in Paris als einzige Vertretung der italienischen Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Damit ist der Beweis erbracht, daß trotz der faschistischen Komödie vom „Gewerkschaftsstaat“ und von der „korporativen Phase“ des faschistischen Staates:

unter dem Faschismus gewerkschaftliche Bewegung unmöglich ist!

Fortschritte der Gewerkschaftseinheit

Die Bedeutung des Beitritts der estnischen Gewerkschaften.

Mit 77 gegen 27 Stimmen hat der estnische Gewerkschaftskongress den von uns bereits gemeldeten Beschluß gefaßt, dem Internationalen Gewerkschaftsbund beizutreten. Als Aufsicht für die in den nächsten Tagen in Berlin zusammen tretende Tagung des Ausschusses des IGB, ist dieser Beschluß besonders erfreulich.

Bereits im April 1927 fand ein Kongress der estnischen Gewerkschaften statt der in einem Aufruf sich für Amsterdam erklärte und die Behandlung der Frage des internationalen Anschlusses für den nächsten Kongress vorschlug. Der Beschluß wird für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten von großer Bedeutung sein. Bekanntlich hat der unter Leitung des IGB am 6. und 7. Dezember 1926 in Stockholm abgehaltene skandinavisch-baltische Kongress u. a. beschlossen, neben dem skandinavischen auch ein baltisches Gewerkschaftskomitee zu gründen, sobald sich in Estland eine dem IGB angegliederte Landeszentrale gegründet hat. In einer der Resolutionen dieser Konferenz wird speziell auch auf die Unterstützung der Gewerkschaftspresse in den zurückgebliebenen Ländern gedungen, wozu Thorberg Bemerkte, daß sich die baltischen Länder zu diesem Zwecke an das zu gründende skandinavische Komitee wenden können.

Die Gründung der estnischen Landeszentrale wird mit diesem Kongress eine vollendete Tatsache werden, und wenn bereits der letzte Kongress in der Entwicklung der estnischen Gewerkschaftsbewegung zu einem Wendepunkt geworden ist, indem die früher nur zu einem geringen Bruchteil in der stark kommunistisch orientierten

